



Medienmitteilung

Zürich, 11. November 2021

Beschlüsse der Kommissionen

KSSG: Keine erneute Anpassung des Sozialhilfegesetzes

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarische Initiative betreffend «Sozialdetektive sollen neu auf GPS-Tracker zurückgreifen dürfen» von SVP-Kantonsrat Claudio Schmid abzulehnen ([KR-Nr 368/2018](#)). Dieser verlangt die Einführung eines neuen Paragraphen zur Observation im Sozialhilfegesetz (SHG), mit dem die Genehmigung des Einsatzes von technischen Instrumenten zur Standortbestimmung observierter Personen geregelt werden soll. Erst am 7. März 2021 hat das Stimmvolk in der Referendumsabstimmung zum Sozialhilfegesetz der Observation von Sozialhilfebeziehenden durch Sozialdetektivinnen und -detektive im Auftrag der Sozialbehörden der Gemeinden zugestimmt. Die KSSG ist der Ansicht, dass jetzt nicht der Zeitpunkt für eine erneute Änderung des Sozialhilfegesetzes ist. Sie will abwarten, wie sich die Situation entwickelt, bevor über die Einführung eines strikteren Regimes diskutiert wird.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

GPK: Geschäftsbericht der BVG- und Stiftungsaufsicht zur Genehmigung beantragt

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2020 der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) zu genehmigen ([5733](#)). Die Deckungsgrade der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen haben sich im Berichtsjahr positiv entwickelt. Die technischen Zinssätze wurden weiter den ökonomischen Realitäten angepasst und schrittweise gesenkt. Um die Renten langfristig zu sichern, wird jedoch eine weitere Reduktion des Umwandlungssatzes nötig sein. Hierzu besteht in erster Linie auf Bundesebene gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

GPK: Jahresberichte der Religionsgemeinschaften zur Kenntnisnahme beantragt

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat, die Jahresberichte 2020 der anerkannten Religionsgemeinschaften sowie deren Nachweise zur Einhaltung der negativen Zweckbindung zur Kenntnis zu nehmen ([5760](#)). Mit dem Nachweis zeigen die kirchlichen Körperschaften auf, dass die kirchlichen Erträge den Aufwand für kultische Zwecke decken oder übersteigen. Das Berichtsjahr stand auch bei den fünf im Kanton staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften (Evangelisch-reformierte Landeskirche, Römisch-katholische Körperschaft, Christkatholische Kirchgemeinde, Israelitische Cultusgemeinde Zürich und Jüdische Liberale Gemeinde) im Zeichen der Corona-Pandemie. Es galt, sich laufend an die sich verändernden Bedingungen anzupassen und für Angebote und Leistungen neue Wege zu finden. Zudem hat sich bei den beiden grossen Kirchen der langjährige Trend mit rückläufigen Mitgliederzahlen fortgesetzt.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35



WAK: Objektkreditabrechnung für die GZA-Stiftung soll bewilligt werden

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung des Objektkredits 2016–2019 für die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing (GZA) zu bewilligen ([5182](#)). Die Stiftung ist eine Public-Private-Partnership und umfasst nebst neun Kantonen unter anderem 31 Partner aus der Privatwirtschaft. Operationell betreibt die GZA AG das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Zürich.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

WAK: Rahmenkreditabrechnung für Ausgesteuerte soll bewilligt werden

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung eines Rahmenkredits für die Jahre 2014–2017 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte zu bewilligen ([5018](#)).

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

WAK: Rahmenkredit für Ausgesteuerte soll bewilligt werden

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Rahmenkredit für die Jahre 2022–2025 für die Subventionierung von Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogrammen für Ausgesteuerte zu bewilligen ([5728](#)). Stellensuchenden steht ein breites Angebot an Kursen und Programmen zur beruflichen Reintegration zur Verfügung: von Deutsch- und PC-Anwenderkursen über Beschäftigungsprogramme in diversen Branchen bis zu Standortbestimmungs- und Bewerbungskursen.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

KPB: Mehrheit will Postulat zum Flächenbedarf der Verwaltung abschreiben

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat, das Postulat betreffend «Flächenbedarf der Kantonalen Verwaltung» als erledigt abzuschreiben ([5688](#)). Mit dem Vorstoss hatte FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff, unterstützt von GLP und Mitte, den Regierungsrat eingeladen, eine aktualisierte Standort- und Raumnutzungsstrategie einzuführen, mit dem Ziel, die Bürofläche pro Arbeitsplatz auf einen Wert von durchschnittlich 12,1 m² (ohne Sitzungszimmer) zu senken. Der Regierungsrat sieht mit der geplanten Erneuerung und Gesamtinstandsetzung der engeren Zentralverwaltung die Voraussetzungen geschaffen, um langfristig alle Ziele des Postulates vollumfänglich zu erreichen. Eine Kommissionsminderheit aus SVP und FDP verlangt einen Ergänzungsbericht. Darin soll der Regierungsrat darlegen, wie der Zeitplan für die Überarbeitung der Flächenstandards für die Belegung von Büroräumen in der kantonalen Verwaltung im Detail aussieht, wann der neue Flächenstandard vorliegt und was Gegenstand dieser geplanten Überarbeitung ist.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

KBIK: Ausfallentschädigungen für öffentliche Kitas

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, dem Gesetz über die finanzielle Unterstützung der öffentlich-rechtlichen



institutionellen Kinderbetreuung aufgrund der Corona-Pandemie zuzustimmen ([5762](#)). Wie den privaten sollen auch den öffentlich-rechtlichen Kitas die Ausfälle entschädigt werden, die in der Zeit der ersten Welle von Mitte März bis Mitte Juni 2020 entstanden sind. Um die finanzielle Beteiligung des Bundes von einem Drittel einfordern zu können, ist diese gesetzliche Grundlage zu beschliessen und bis am 20. Dezember 2021 dringlich in Kraft zu setzen. Gesuche für Bundesgelder können bis Ende Januar 2022 beim Bund eingereicht werden. Eine Minderheit (SVP) lehnt dieses dringliche Gesetz ab, weil fast nur die Stadt Zürich, wo es die meisten Angebote an Kinderbetreuung gibt, davon profitieren würde, eine andere Minderheit (FDP) vertritt die Meinung, die öffentlichen Institutionen sollten im Gegensatz zu den privaten die Ausfälle selber tragen.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.